

Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am
18.08.2009

Tagungsort: Nowgorod Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:05 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 19:45 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Kammeier (bis 19.10 Uhr)
Herr Langeworth
Frau Osthus (bis 19.40 Uhr)
Herr Michael Weber

SPD

Herr Garbrecht
Frau Schneider (ab 17.20 Uhr)
Frau Schrader
Herr Heinz-Joachim Weber (bis 19.30 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober
Frau Rathsmann-Kronshage Vorsitzende

BfB

Herr Schuster

Die Linke

Frau Niemeyer

Beratende Mitglieder

Frau Acar-Gökce Migrationsrat (ab 17.25 Uhr)
Frau Huber Seniorenrat
Herr Winkelmann Beirat für Behindertenfragen (bis 18.30 Uhr)

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler Dezernat 5
Beigeordnete Frau Ritschel Dezernat 3
Frau Schulz Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Frau Kleiner Stab Dezernat 3
Herr Wörmann Stab Dezernat 5
Herr Radloff Arbeitplus in Bielefeld GmbH

Gäste

Herr Adams
Herr Dr. Hackmann

AGW
Chemisches und Veterinär-
untersuchungsamt OWL

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des SGA fest. Es gibt keine Änderungen der Tagesordnung.

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 54. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 09.06.2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage teilt mit, dass Punkt 4.1, Satz 2 wie folgt geändert werden müsse:

„Das Investitionsklima werde für Energiesparmaßnahmen eher gut eingeschätzt.“

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 54. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 09.06.2009 wird, unter Berücksichtigung der genannten Änderung, nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

Jahresbericht 2008 der Schuldnerberatungsstellen in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung zur Kenntnis. Herr

Garbrecht bittet um eine Ermittlung aller Privatinsolvenzen in Bielefeld aufgeschlüsselt nach den Beratungsstellen und Rechtsanwälten, durch die sie abgewickelt worden seien.

-.-.-

Zu Punkt 2.2

Projekt "Mobile Mieterhilfe - Einkommensberatung"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die Mitteilung. Fragen von Frau Osthus, Herrn Winkelmann und Frau Niemeyer werden von Frau Schulz und Beigeordneten Herrn Kähler beantwortet. Herr Garbrecht regt an, frühzeitig die gewonnenen Erkenntnisse zu bewerten und daraus Konsequenzen für die kommunale Arbeit zu schließen. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage empfiehlt den SGA über den Projektverlauf durch Zwischenberichte zu informieren und weitere Schritte vom Verlauf abhängig zu machen.

-.-.-

Zu Punkt 2.3

Information zum aktuellen Stand "Neue Grippe" in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Nach Informationen von Beigeordneter Frau Ritschel gibt es mit Stand vom 17.08.2009 12.493 Fälle der neuen Grippe in der Bundesrepublik Deutschland davon 4.372 in Nordrhein-Westfalen und davon wiederum 111 in Bielefeld. Hierbei seien auch Fälle aus Juni und Juli berücksichtigt, in denen die Personen bereits wieder gesund sind. In aller Regel hätten die Fälle bislang einen relativ milden Verlauf. Der zwischenzeitlich hohe Anstieg der Erkrankungsfälle durch Reiserückkehrer werde deutlich schwächer. Dies sei zum Teil auch darauf zurückzuführen, dass der PCR-Test nicht mehr von den Krankenkassen bezahlt werde und detaillierte Ergebnisse nicht mehr vorliegen.

Die in der Anfangsphase vom Robert Koch Institut empfohlene Vorgehensweise, die Ausbreitung der Grippe z. B. durch Isolation der Erkrankten und ihrer Kontaktpersonen einzudämmen, stelle sich angesichts der vielen Fälle als nicht mehr wirkungsvoll dar. Man müsse davon ausgehen, dass eine Verbreitung der Grippe dadurch nicht mehr aufzuhalten sei.

Nach Mitteilung des Robert Koch Instituts seien Grippeimpfungen frühestens ab Oktober möglich. Derzeit werde zwischen dem Gesundheitsministerium und den Krankenkassen über den logistischen Ablauf der Impfungen und die Kostenübernahme verhandelt. Für einen wirksamen Schutz gegen die Grippe müsse eine Impfung zwei Mal erfolgen. Eine Einbeziehung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte insbesondere bei der Impfung von definierten Risikogruppen (z. B. chronisch Kranke oder Schwangere) sei erforderlich.

Fragen von Frau Niemeyer, Frau Schrader und Herrn Garbrecht werden von Beigeordneter Frau Ritschel beantwortet.

Zu Punkt 2.4 **Programm Lernen vor Ort**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage teilt mit, dass der Teilnahmeantrag der Stadt Bielefeld für das Programm Lernen vor Ort abgelehnt worden sei. Sie hält das Projekt für sehr sinnvoll und bittet die Verwaltung zu prüfen, inwieweit die Projektidee auch ohne Bundesmittel in Bielefeld umgesetzt werden könnte.

Zu Punkt 2.5 **Tierpension**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bekundet ihr Unverständnis über den Brandanschlag auf das Gebäude der Tierpension. Sie betont, wie wichtig die Arbeit der Tierpension für den Personenkreis sei und sichert die weitere umfassende Unterstützung durch den SGA zu.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 4 **Anträge**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 5 **Jahresbericht 2008 des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes Ostwestfalen-Lippe)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Dr. Hackmann gibt anhand des Jahresberichtes 2008 einen Einblick

in die Arbeit und die Untersuchungsergebnisse des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes Ostwestfalen-Lippe (**Anlage 1**). Fragen der Ausschussmitglieder werden von Herrn Dr. Hackmann beantwortet. Beigeordnete Frau Ritschel bedankt sich für den Bericht sieht die Ausführungen als gute Ergänzung zum Verbraucherinformationsgesetz. Die Vorsitzende bedankt sich ebenfalls für die ausführliche Berichterstattung und regt an, sich Gedanken darüber zu machen, wie die Informationen über das Verbraucherinformationsgesetz weiter verbessert werden können.

Zu Punkt 6 **Umsetzung der Reformen am Arbeitsmarkt -Sozialgesetzbuch II (SGB II), Sozialgesetzbuch III (SGB III) und Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) in Bielefeld -Quartalsberichte-**

Zu Punkt 6.1 **Sachstand zur Umsetzung des SGB II**
Beratungsgrundlage:
 Drucksachennummer:

Herr Radloff erläutert den als Tischvorlage verteilten Bericht über die Situation des Arbeitsmarktes und der Aktivitäten von Arbeitplus in Bielefeld GmbH (**Anlage 2**). Aufgrund der Rezession nahm auch im Juli die Arbeitslosigkeit weiter zu. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit der unter 25-jährigen stelle sich dramatisch dar, wobei die endgültigen Daten noch nicht feststehen, da die Zahl der unversorgten Ausbildungsplatzbewerber erst am 30.09.2009 vorliege. Die besondere Wirtschaftslage stelle auch eine besondere Problematik für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen dar. Psychische Beeinträchtigungen könnten sich auch durch lange Arbeitslosigkeit entwickeln. Herr Radloff informiert über Integrationsfortschritte insbesondere über Ressourcen und Potentiale für diesen Personenkreis. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage ergänzt, dass mit Herrn Siegeroth eine Berichterstattung über die Versorgung der Jugendlichen im Oktober/November geplant sei.

Auf Nachfragen von Frau Schneider, Frau Niemeyer und Vorsitzenden Frau Rathsmann-Kronshage führt Herr Radloff aus, dass die Erwerbsfähigkeit zur Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess, mindestens 3 Stunden täglich, durch Mediziner festgestellt werde. Oft differierten die Feststellungen mit der tatsächlichen Arbeitswelt und Arbeitsplätze mit den benötigten Arbeitsbedingungen stehen nicht zur Verfügung. Die Diagnose über eine bestehende psychische Beeinträchtigung werde durch Ärztinnen und Ärzte, aber auch durch Beobachtungen im Umgang mit dem Klienten durch den Fallmanager, beurteilt. Beigeordneter Herr Kähler verdeutlicht, dass die medizinische Einschätzung zu Auswirkungen im SGB II führe. Gleichzeitig führe die fachliche Einschätzung des medizinischen Ergebnisses zu Vermittlungshemmnissen im SGB II.

Herr Garbrecht plädiert für eine Entwicklung zielgerichteter Maßnahmen für den Personenkreis, insbesondere auch für Jugendliche, die bis zu ihrem 25. Lebensjahr vom Jugendhaus betreut würden und im Anschluss daran alles selber regeln müssten und damit zum Teil überfordert seien. Herr Weber (CDU) unterstützt den Vorschlag und schlägt darüber hinaus vor, die Probleme auf kommunaler Ebene aufzuzeigen und diese umge-

hend auf Bundesebene zu thematisieren. Die Neukonstituierung des Bundestages sollte nicht abgewartet werden. Im Rahmen eines interfraktionellen Arbeitskreises sollten Anregungen erarbeitet und auf Bundesebene transportiert werden. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage erklärt abschließend, dass der SGA trotz stark eingrenzender Bundesvorgaben alles daran setzen werde kommunale Möglichkeiten auszuschöpfen und die Problemlagen an die entsprechende Ebene zu transportieren

Zu Punkt 6.2 **Umsetzung der Reformen am Arbeitsmarkt, SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende), SGB III (Arbeitsförderung), SGB XII (Sozialhilfe)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7167/2004-2009

Der Inhalt der Informationsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen. Es gibt keine Nachfragen.

Zu Punkt 7 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Rathsmann-Kronshage
(Vorsitzende)

Krumme
(Schriftführerin)